



CDU

www.cdu.nrw

Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm

Grundsätze der CDU Nordrhein-Westfalen

**Beschluss des 37. Landesparteitags
der CDU Nordrhein-Westfalen
13. Juni 2015, Essen**



Im 70. Jahr ihres Bestehens formuliert die CDU in Nordrhein-Westfalen ihre grundlegenden Positionen, Überzeugungen und Prinzipien im ersten eigenen Grundsatzprogramm, dem Nordrhein-Westfalen-Programm.

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder und Freunde der CDU Nordrhein-Westfalen,**

es ist 70 Jahre her, dass sich mutige, tatkräftige und weitsichtige Menschen im Rheinland, in Westfalen und in Lippe genauso wie in vielen anderen Teilen Deutschlands, zusammengeschlossen haben, um eine neue politische Bewegung zu gründen. Die CDU wurde ganz bewusst als Union gegründet, als Union von Katholiken und Protestanten, als Union der Arbeiter, Selbständigen und Beamten, als Union der Stadt- und Landbevölkerung und als Union der Generationen. Grundlage christdemokratischer Politik waren stets das christliche Menschenbild und die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Von diesen Werten und Prinzipien leiten wir noch heute unsere politischen Entscheidungen ab und entwickeln so Lösungen für die Menschen in unserem Land. Wir wissen, dass wir nur so eine gute Politik machen können und erfolgreich bleiben.

Fast 30 Jahre nach der Fusion der Landesverbände Rheinland und Westfalen haben wir beschlossen, uns gemeinsam unserer grundlegenden Werte und Überzeugungen neu zu vergewissern und unser programmatisches Fundament zu stärken. Über mehr als zwei Jahre hinweg haben über 3.000 Mitglieder und Freunde der CDU Nordrhein-Westfalen auf unterschiedlichste Art und Weise an unserem Grundsatzprogramm mitgearbeitet. Das Ergebnis ist eine wahre Liebeserklärung an unser vielfältiges und dynamisches Land. Es heißt: „Das Nordrhein-Westfalen-Programm“ weil es ein politisches Manifest für alle Menschen und alle Teile Nordrhein-Westfalens ist.

Dieses Grundsatzprogramm ist ein Angebot und ein Versprechen an Nordrhein-Westfalen. Es macht deutlich, dass wir für einen neuen Aufbruch in diesem Land bereit sind. Wir wollen den Menschen in Nordrhein-Westfalen neue Perspektiven aufzeigen und neue Chancen eröffnen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen wieder zum Aufsteigerland machen. Allen Leserinnen und Lesern dieses Grundsatzprogramms wünsche ich eine anregende Lektüre und lade Sie ein, aus diesen Grundsätzen heraus den Neubeginn unseres Landes mitzugestalten.

Herzliche Grüße



Armin Laschet Mdl
Vorsitzender der
CDU Nordrhein-Westfalen



Bodo Löttgen
Generalsekretär der
CDU Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Präambel: Unser Leitbild und Selbstverständnis	6
I. Politik aus christlicher Verantwortung im 21. Jahrhundert	8
1. Unser Menschenbild	8
2. Unser Staatsverständnis	9
3. Freiheit	9
4. Gerechtigkeit	11
5. Solidarität	12
6. Subsidiarität	13
II. Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen	15
1. Industrie, Mittelstand und Handwerk	15
2. Handel und Dienstleistungen	19
3. Moderne Infrastruktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit	21
III. Handlungsfähigkeit und Finanzkraft Nordrhein-Westfalens	25
1. Landesfinanzen	25
2. Starkes Land – starke Kommunen	27
IV. Herausforderungen des demografischen Wandels für Nordrhein-Westfalen	32
1. Sicherheit und Zukunft für Familien	32
2. Generationengerechte Gesellschaft	35
3. Qualifizierte Zuwanderung und Integration	38
V. Chancengerechtigkeit und Aufstiegsperspektiven in der solidarischen Gesellschaft	41
1. Gute Bildung für alle	41
2. Wissenschaft, Forschung und Technologie	45
3. Faire Löhne für gute Arbeit	47
4. Gleiche Chancen für Frauen und Männer	48
5. Zukunftsfeste Gesundheitsversorgung, Pflege und Alterssicherung	49

VI. Energie und Umwelt	53
1. Stärkung des Energielandes Nordrhein-Westfalen im Zeichen der Energiewende	53
2. Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	56
VII. Sicherheit für Nordrhein-Westfalen	59
1. Sicherheit im Alltag	59
2. Sicherheit 2.0	63
3. Rechtssicherheit durch eine starke und unabhängige Justiz	65
VIII. Identitäten, Lebensgefühl und Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen	67
1. Kultur	67
2. Medien und Kreativwirtschaft	70
3. Leben in der Stadt	71
4. Leben im ländlichen Raum	73
IX. Starke Bürger, starkes Engagement	76
1. Ehrenamt	76
2. Kirchen und Religionsgemeinschaften	77
3. Sport	79
X. Nordrhein-Westfalens Platz in Europa und der globalisierten Welt	82
XI. Tradition bewahren, Zukunft gestalten	88
Mitarbeit am Grundsatzprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen	90

Präambel: Unser Leitbild und Selbstverständnis

In Nordrhein-Westfalen schlägt das Herz unserer Republik. Kein anderes Land zählt auch nur annähernd so viele Einwohner, weist einen ähnlich hohen Urbanisierungsgrad auf, verfügt über eine derart dezentrale kulturelle und regionale Vielfalt, erwirtschaftet ein in absoluten Zahlen vergleichbar hohes Bruttoinlandsprodukt. Nirgends in Europa gibt es eine dichtere Hochschul- und Kulturlandschaft und eine komplexere Infrastruktur. Und nirgendwo sonst ist die Integration verschiedener Kulturen, Konfessionen und Mentalitäten auf so prägende Weise gelungen wie im Rheinland, in Westfalen, in Lippe und insbesondere im Ruhrgebiet. Über drei Millionen Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aus der DDR und den Siedlungsräumen der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden – als Flüchtlinge, Vertriebene, Aus- und Übersiedler sowie als Spätaussiedler. Ihr Kulturerbe ist untrennbarer Teil unserer nordrhein-westfälischen Identität und Kultur geworden. Später bereicherten uns die seit den 1950er Jahren durch die Anwerbeabkommen nach Nordrhein-Westfalen Zugewanderten, die unsere gemeinsame Kultur bunter und reicher gemacht sowie durch ihre Arbeitsleistung dazu beigetragen haben, unsere Wirtschaft stark und unsere Sozialsysteme leistungsfähig zu machen.

Auch nach dem Verlust der Hauptstadtfunction Bonns kommt Nordrhein-Westfalen im deutschen wie im europäischen Maßstab eine unverändert große Bedeutung zu. Einer der größten Vorzüge Nordrhein-Westfalens ist seine günstige geografische Lage im Zentrum Europas. Die direkte Nachbarschaft mit den Benelux-Staaten, die zahlreichen institutionellen wie persönlichen Verflechtungen mit diesem Raum sowie die insbesondere mit Frankreich und Polen geknüpften Verbindungen machen aus Nordrhein-Westfalen eine beispielhafte Brückenregion nicht nur im nationalen, sondern gerade auch im europäischen Maßstab. Es ist kein Zufall, dass unser Land bereits in seiner Frühzeit über die Montanunion auf das Engste mit der europäischen Integration verbunden gewesen ist.

Doch keiner der genannten Vorzüge Nordrhein-Westfalens ist selbstverständlich oder auf ewig gesichert. Die Bedeutung unseres Landes liegt vielmehr in den historischen Weichenstellungen der ersten Nachkriegsjahrzehnte begründet, die unionsgeführte Landesregierungen verantwortet haben. Ausgangspunkte dieser Leitentscheidungen waren wiederum die programmatischen Impulse, welche die CDU Deutschlands aus Nordrhein-Westfalen empfangen hat, insbesondere durch die Kölner Leitsätze 1945, das Neheim-Hüstener Programm von 1946, das Ahlener Programm von 1947 und die Düsseldorfer Leitsätze von 1949. Sie alle stehen für die gelungene Verbindung aus der Katholischen Soziallehre mit ihren Grundprinzipien der Personalität, der Subsidiarität und der Solidarität mit der protestantischen Wirtschaftsethik, wie sie im System des Ordoliberalismus sichtbar und wirksam geworden ist. So gesehen ist Nordrhein-Westfalen das „Mutterland“ der Sozialen Marktwirtschaft, die man gerne und zu Recht auch als „rheinischen Kapitalismus“ bezeichnet hat. Überhaupt steht die „Bonner Republik“ für eine der glücklichsten Phasen der deutschen Geschichte. Durch Konrad Adenauers konsequente Westbindung ist die Grundlage für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in der alten Bundesrepublik geschaffen worden – und damit die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Einheit und Freiheit.

Die CDU Deutschlands hat ihre wesentlichen Wurzeln in Nordrhein-Westfalen. Umgekehrt prägen das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, die Beschlüsse ihrer Parteit

I. Politik aus christlicher Verantwortung im 21. Jahrhundert

1. Unser Menschenbild

Christliches Menschenbild

Ausgangs- und Orientierungspunkt christlich-demokratischer Politik ist das christliche Menschenbild. Dieses Verständnis vom Menschen basiert auf christlichen Glaubensüberzeugungen wie auf den Traditionen der europäisch-abendländischen Kultur mit ihren Wurzeln in Judentum, Christentum und Aufklärung.

Die Würde des Menschen ist universell, unantastbar und unveräußerlich

Wir Christdemokraten sehen jeden Menschen zugleich als Individuum und als Teil der Gemeinschaft. Erst beides zusammen macht den Menschen zur einmaligen Person, die mehr ist als ein völlig autonomes Einzelwesen oder bloßer Teil eines Kollektivs. Sie ist Teil eines jeden Menschen, unabhängig von seinem Geschlecht, seinem Glauben, seiner Herkunft, seinem Alter, seiner sexuellen Orientierung, seinen Talenten oder Beschränkungen, seiner Leistungsfähigkeit, seinem Erfolg oder Misserfolg. Die Unantastbarkeit der Würde gilt auch für das ungeborene und das zu Ende gehende Leben eines jeden Menschen. Diese Universalität der menschlichen Würde lässt sich aus dem christlichen Glauben heraus, aus der Gottesebenenbildlichkeit aller Menschen begründen. Sie ist aber auch unabhängig vom Christentum vereinbar mit den Wertvorstellungen von Anders- und Nichtgläubigen.

In der Würde des Menschen begründet sich sein Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Freiheit eröffnet die Möglichkeit zu sittlichem Entscheiden. Dabei steht der Mensch in Verantwortung vor Gott, seinem Gewissen und seinen Mitmenschen. Jeder Mensch ist aber auch Schuld und Irrtum ausgesetzt. Diese Einsicht ist wichtig, denn sie zeigt uns die Grenzen menschlicher Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auf und bewahrt uns vor ideologischen Heilsversprechen und einem totalitären Politikverständnis.

Jeder Mensch ist einzigartig

Wir Christdemokraten erkennen den Menschen als einzigartig und vernunftbegabt, jedoch von Natur aus unvollkommen. Das Wissen um unsere Unvollkommenheit mahnt uns, stets zur Versöhnung bereit zu sein. Die Einzigartigkeit eines jeden Menschen bedingt darüber hinaus eine natürliche Verschiedenheit von Persönlichkeiten und Begabungen. Die Unterschiedlichkeit der Menschen ist von Natur aus gegeben und Quelle gesellschaftlichen Reichtums. Jeder Einzelne ist uns in seiner Würde und in seinen Anlagen gleich viel wert. Wir wollen jeden Einzelnen in seinen individuellen Stärken und Begabungen fördern. Menschen sind nicht gleich. Und Ungleiche gleich zu behandeln, ist ungerecht. Aber Ungleichheit darf niemals zu Benachteiligung oder Diskriminierung führen. Deshalb ist die Ermöglichung begabungsgerechter Lebensperspektiven und nicht die absolute Gleichheit der Lebensumstände jedes einzelnen das Ziel unserer Politik.

Wir verstehen den Menschen als besonderen Teil der Schöpfung und empfinden das Leben als Geschenk. In der Verantwortung vor Gott und den nach uns folgenden Generationen fühlen wir uns verantwortlich für den Erhalt der Schöpfung. Es steht uns nicht zu, frei und grenzenlos über sie zu verfügen, sie ist uns vielmehr zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut.

2. Unser Staatsverständnis

Wir Christlichen Demokraten verstehen unter dem Staat eine politische Ordnung, die den Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt ihres Handelns rückt und ihn entsprechend stärkt und fördert. Zugleich sorgt sie für die Durchsetzung des Rechts, für die Sicherung des Gemeinwesens nach innen wie nach außen sowie für menschenwürdige Lebensbedingungen. Aufgabe staatlicher Gewalt ist weiterhin, die Rahmensetzung für ein freies, den Bedürfnissen der Gesamtheit wie des Einzelnen gerecht werdendes Wirtschaftssystem zu schaffen. Ein chancengerechtes Bildungswesen, ein solider, generationengerechter Umgang mit den Steuern der Bürgerinnen und Bürger sowie der Erhalt und der Ausbau einer bedarfsorientierten Infrastruktur unter Beachtung eines wirksamen Schutzes von Natur und Umwelt gehören zu den Kernaufgaben des Staates. Für die Erfüllung all dieser grundlegenden Aufgaben braucht der Staat eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Dabei hat er sich gleichermaßen vor einer Überforderung seiner Bürgerinnen und Bürger wie auch vor einer Selbstüberforderung durch überzogene eigene Ansprüche zu hüten. Unsere Auffassung vom Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern ist partnerschaftlich, weder paternalistisch noch bevormundend. Alle Bürgerinnen und Bürger sind gleichwertige Teile der staatlichen Gemeinschaft. Kein Mensch darf Objekt des Staates werden. Der Staat muss von den Menschen her gedacht und von den Menschen her gemacht werden. Der Mensch kommt vor dem Staat.

Wir wollen einen starken Staat

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist davon überzeugt, dass der Staat nicht dann ein starker Staat ist, wenn er umfassende Kompetenzen an sich zieht und sich als oberster Kontrolleur und Regulierer betätigt. Ein solcher Staat ist ein bürokratischer Staat, der am Ende schwach ist, weil er sich beständig administrativ wie finanziell selbst überfordert. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen einen wirklich starken Staat, der die materiellen wie institutionellen Bedingungen für die Entfaltung und Entwicklung des Einzelnen wie der Gesellschaft insgesamt gewährleistet. Seine Stärke gewinnt der Staat aus der klugen Respektierung und Förderung subsidiär angelegter gesellschaftlicher Strukturen. Diese Strukturen erlauben es ihm, sich im eigenen Interesse und als Schutz vor Überforderung auf seine Kernaufgaben zu besinnen. Ein starker Staat vertraut auf die Kreativität, Eigeninitiative sowie Eigenverantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen auf Bildung, Dialog und Information. Politisches Handeln, das auf einem solchen Verständnis gründet, ist zwingend auf die Wiederentdeckung und Erhaltung jener vorstaatlichen Räume, allen voran die Familie, angewiesen, in denen sich gefestigte Persönlichkeiten bilden und entfalten können.

Die staatliche Selbstbeschränkung darf allerdings nicht so weit gehen, dass der Staat zentrale Kompetenzen auf die Gesellschaft überträgt, also privatisiert, um sich finanziell zu entlasten. Dies gilt im besonderen Maße für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Zur Ausübung seiner zentralen und hoheitlichen Aufgaben braucht der Staat weiterhin qualifizierte, leistungsbereite und loyale Beamte. Allen Bestrebungen, das Berufsbeamtentum abzuschaffen, treten wir daher entgegen.

3. Freiheit

Freiheit ist unser oberstes Prinzip

Weil wir Christdemokraten an die Würde einer jeden Person glauben, ist für uns die Freiheit das oberste Prinzip. Damit meinen wir nicht grenzenlose Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit in Verantwortung. Freies Handeln ist bedingt durch die Wahrnehmung von Verantwortung für sich selbst

und seinen Nächsten, für die Gemeinschaft, die Schöpfung und für nachfolgende Generationen. Somit gehören Pflichten genauso zur Freiheit wie Rechte. Gegenseitiger Respekt und Toleranz sind grundlegende Gebote einer Gemeinschaft freier Menschen. Das christlich-demokratische Freiheitsverständnis ist aus diesen Gründen ein bewusst normatives, welches gleichweit entfernt ist von einem wertebinden Laissez-faire-Denken wie von schranken- und bindungsloser Libertät. Maxime christlich-demokratischer Politik ist es, dass sich jeder in Freiheit so entfalten kann, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht. Aus diesem Grund bestehen unsere vornehmsten politischen Ziele darin, Chancengerechtigkeit für jedermann zu schaffen und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir vertrauen hierbei auf den Willen und die Fähigkeit des Menschen zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung.

Freiheit in der Gemeinschaft

Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch von Natur aus von Geburt an bis zum Tod auf ein Leben in Gemeinschaft angelegt ist. Nur in gegenseitiger Bindung kann sich wahre Freiheit entwickeln. Und nur in der Beziehung zu anderen kann der Einzelne seine Identität und Persönlichkeit entfalten. Wir sind davon überzeugt, dass ein Leben in Gemeinschaft für jeden eine Bereicherung darstellt. Dabei bedingt und begrenzt die Freiheit des anderen die eigene Freiheit. Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen Freiheit in ihrem sozialen Umfeld erleben und zum Erhalt der Freiheit beitragen. Teilnehmen, teilhaben, mitverantworten, wählen und entscheiden sind Attribute bürgerlicher Freiheit, die jedem in dieser Gesellschaft zustehen.

Aufgabe des Staates ist es, die Freiheit zu respektieren sowie Raum und Rahmen für Freiheit zu schaffen. Diesen Raum mit Leben zu füllen, zu handeln und zu gestalten, obliegt jedem einzelnen Bürger. Dabei dürfen die Verhältnisse, in denen Menschen leben, einer freien Entfaltung der Persönlichkeit nicht im Wege stehen. Es ist staatliche Pflicht, die materiellen Mindestvoraussetzungen für persönliche Freiheit zu sichern. Wir sind überzeugt, dass zur freien Entfaltung der Person die eigene Leistung gehört. Die eigene Leistungsfähigkeit zu erfahren, ist eine wichtige Quelle von Lebenskraft. Deshalb wollen wir Leistung fördern. Die Würde des Menschen und seine Rechte gelten unabhängig von jeder Leistung.

Freiheit braucht Schutz

Das Recht ist das Instrument des Staates, Freiheit und Würde des Menschen zu schützen. Dabei ist klar, dass das Recht Einschränkungen der Freiheit zur Wahrung der Würde anderer Menschen nach sich ziehen kann. Nur so ist ein geordnetes und friedliches Zusammenleben möglich. Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger sind in der Pflicht, die Freiheit nach innen wie nach außen zu verteidigen. Wir Christlichen Demokraten bekennen uns zur wehrhaften Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das schließt die Verpflichtung ein, auch für jene einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird. Freiheit darf niemals exklusiv sein. Wir wollen Freiheit für alle Menschen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen zusammen gedacht werden

Wie in einem gleichseitigen Dreieck stehen im christlich-demokratischen Politikverständnis die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zueinander. Keiner dieser Werte ist ohne die anderen beiden denkbar. Doch die Freiheit steht an der Spitze; auf sie laufen Gerechtigkeit und Solidarität zu, von ihr sind jene

5. Solidarität

Solidarität ist gelebte Nächstenliebe

In der Gesellschaft findet das Gebot christlicher Nächstenliebe ihren Ausdruck in der Solidarität. Das Gebot der Nächstenliebe, das sich in allen großen monotheistischen Weltreligionen findet, ist für uns Richtschnur und Maßstab politischen Handelns. Gelebte Solidarität liegt in der Natur des Menschen und gewinnt ihren vollen Wert erst in der persönlichen Zuwendung von Mensch zu Mensch. Solidarität verpflichtet uns, den Menschen in seiner Einzigartigkeit und nicht anhand seiner Leistungsfähigkeit zu bemessen, denn sie gründet im Wissen um die gleiche Würde eines jeden Menschen.

Unsere Solidarität gilt jenen Menschen, die sich noch nicht, nicht mehr oder dauerhaft nicht in der Lage sehen, sich aus eigener Kraft die Grundlagen für ein freies Leben zu schaffen. Ziel der Solidarität ist es, diesen Menschen einen Zugang zu einem selbst verantworteten Leben in Freiheit zu schaffen. Solidarität wird durch gegenseitige Hilfe und Unterstützung in Familien, Nachbarschaften, Vereinen, Kirchen, Synagogen, Moscheen und anderen Gemeinschaften gelebt. Erst dort, wo die Kräfte des Einzelnen oder der kleinen Gemeinschaft nicht ausreichen, sind die Gesellschaft insgesamt und am Ende auch der Staat gefordert.

Jeder hat ein Recht auf Solidarität

Solidarität ist ein Recht, kein Almosen. Sie schafft Gewissheit, in der Not nicht alleine zu stehen. Durch gegenseitige Solidarität ermöglichen wir ein menschenwürdiges Leben in Freiheit, wir sichern uns gemeinsam gegen Risiken ab, die wir alleine nicht bewältigen können, und wir schaffen soziale Sicherheit und Frieden. Dabei hat Solidarität stets das Ziel, aktivierende Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Solidarität konkretisiert sich im Verhältnis der Jungen zu den Alten und der Alten zu den Jungen, der Kinderlosen mit den Familien und andersherum, der Gesunden mit den Kranken, der Leistungsträger mit den Leistungsschwachen, der Arbeitsplatzinhaber mit den Arbeitslosen, der Unternehmer mit den Arbeitnehmern.

Jeder ist zu Solidarität verpflichtet

Solidarität bedeutet aber auch eine Pflicht. Sie verpflichtet uns zu wechselseitiger Verantwortung entsprechend individueller Fähigkeiten und Möglichkeiten, verlangt Verzicht und erwartet einen Beitrag zur gemeinschaftlichen Absicherung. Solidarität setzt darüber hinaus praktizierte Eigenverantwortung voraus und verbietet den Missbrauch der sozialen Sicherung auf Kosten der Gemeinschaft. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist Ausdruck der Solidarität.

Solidarität ist eine innere Haltung

Solidarität kann jedoch nicht von Staats wegen verordnet werden. Sie ist vornehmlich eine innere Haltung und angewiesen auf die verlässlichen Strukturen einer funktionierenden Solidargemeinschaft. Solidarität muss daher in Erziehung und Schule sowie in der außerschulischen Bildungsarbeit beständig vermittelt und vorgelebt werden. Sie ist elementarer Bestandteil des staatlichen Bildungsauftrages.

Der Föderalismus erkennt die Verschiedenartigkeit lokaler und regionaler Traditionen, Kulturen und Identitäten an und garantiert deren Entfaltung. Dies gilt für Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise. Der Wettbewerb der Kommunen und Länder im Föderalstaat fördert überdies Initiative, Innovation, Dynamik und Vielfalt. Zudem bringt er den Staat näher zu den Menschen und stärkt so die Demokratie. Gleichzeitig sichert der Föderalismus Freiheit und Demokratie, in dem er die politischen Gewalten vertikal teilt und verschränkt.

Gedanke der Subsidiarität bestimmt auch unsere Wirtschaftsordnung

Das Prinzip der Subsidiarität durchdringt nicht nur den öffentlichen Raum, sondern bestimmt auch unsere Wirtschaftsordnung. Auch hier gilt der Vorrang der Eigeninitiative und Eigenverantwortung vor staatlicher Aktivität. Nur in den Bereichen, die privatwirtschaftlich nicht effizient organisiert werden können und innerhalb der engen Grenzen der Daseinsvorsorge sowie dort, wo die wirtschaftliche Freiheit durch Marktkonzentration gefährdet ist, soll und muss der Staat aktiv werden. Subsidiarität bedeutet für uns so wenig Staat wie möglich und nur so viel Staat wie unabdingbar notwendig.

II. Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen

1. Industrie, Mittelstand und Handwerk

Soziale Marktwirtschaft: Wirtschafts- und Werteordnung

Ein starkes Nordrhein-Westfalen kann es nur auf dem Fundament einer richtig begriffenen und gelebten Sozialen Marktwirtschaft geben. Sie hat Deutschland den Rahmen gegeben, in dem die Menschen mit viel Fleiß, Kreativität und unternehmerischem Mut nach dem Zweiten Weltkrieg einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg erarbeitet haben.

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Freiheit und marktwirtschaftliches Handeln mit Solidarität und sozialem Ausgleich. Ihr Ziel ist Wohlstand für alle. Sie ist damit nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Werteordnung, die sich klar bekennt zu den persönlichen Freiheitsrechten und der Eigenverantwortung des Einzelnen auf der einen Seite und den ergänzenden sozialpolitischen Maßnahmen des Staates auf der anderen Seite. Diese sollen für Leistungs- und Chancengerechtigkeit sorgen und denen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Insofern gibt es in der Sozialen Marktwirtschaft keinen Gegensatz zwischen Wirtschafts- und Sozialordnung. Gleichzeitig steht sie im Einklang zu unserem Grundsatz der Bewahrung der Schöpfung. Eine verantwortliche Wirtschaftspolitik berücksichtigt sowohl soziale als ökologische Aspekte. In diesem Sinne leistet die ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft auch ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

Die Soziale Marktwirtschaft lebt von einer Kultur der Verantwortung

Die Soziale Marktwirtschaft braucht einen Staat, der die Freiheit des Einzelnen gewährleistet, Privateigentum und Wettbewerb, auch durch die Verhinderung von Monopolen, sichert, einen Staat, der dafür sorgt, dass Chancen und Risiken marktwirtschaftlicher Entscheidungen bei den wirtschaftlichen Akteuren zusammengeführt und die Risiken nicht vergemeinschaftet werden. Eine Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung von Verlusten lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen strikt ab. Wir sind davon überzeugt, dass eine dynamische Marktwirtschaft von engagierten Unternehmern angetrieben wird, die Gewinne erwirtschaften wollen und bereit sind, dafür Risiken einzugehen und für ihr Handeln persönlich zu haften. Die an vielen Stellen zu beobachtende Entkopplung von Eigentum und Verantwortung lehnen wir entschieden ab. Sie führt zu falschen Anreizen und unvorsichtigem Verhalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Stärkung der Verantwortungskultur in der Wirtschaft als einem elementarem Bestandteil einer Kultur der Freiheit ein.

Der Staat setzt in der Sozialen Marktwirtschaft den Ordnungsrahmen

Freiheit braucht Leitplanken, damit sie nicht missbraucht werden kann und die Freiheit anderer nicht einschränkt. Dass Märkte sich nicht ausschließlich allein regulieren können, haben Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen wiederholt deutlich gezeigt. Der Staat muss aber auch dafür Sorge tragen, dass sozialpolitische Interventionen und andere Formen der Regulierung nicht die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs durch falsche Anreize beeinträchtigen. Ein absolut gesetztes Gleichheitsprinzip verkennt die Unterschiedlichkeit der Menschen. Es ist deshalb der falsche Ansatz. Für Chancengerechtigkeit zu sorgen und jedem Menschen in unserem Land faire Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg zu eröffnen, die er eigenständig nutzen kann, entspricht dagegen dem christlichen Menschbild.

und dem Ideal eigenverantwortlichen Handelns. Die daraus resultierende Selbstbeschränkung des Staates ist notwendig, um eine Ordnung der Freiheit zu erhalten und kontrollierende Eingriffe in das Wirtschaftssystem zu minimieren. Jeder Eingriff hat Folgewirkungen, die zu bedenken sind und die sich auf den Wohlstand des Landes negativ auswirken können.

Die Elemente der Sozialen Marktwirtschaft gehören in die richtige Balance

Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Elemente der Sozialen Marktwirtschaft wieder in die richtige Balance bringen. Es geht dabei nicht nur um Detailfragen, sondern um eine grundsätzliche Ausrichtung: Wir werben deshalb gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern für einen ordnungspolitischen Kompass, der aus planwirtschaftlicher Umverteilung zugunsten von mehr Freiheit und Wettbewerb herausführt. Nur so werden die notwendige Dynamik und das wirtschaftliche Wachstum entstehen, die die materielle Grundlage für soziale Leistungen schaffen und den Staatshaushalt entlasten. Je besser die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist, umso leichter fällt es jedem Einzelnen, durch eigene Leistung und Anstrengung seinen Wohlstand zu mehren. Darüber hinaus schafft wirtschaftlicher Aufschwung auch bessere Möglichkeiten der sozialpolitischen Absicherungen für diejenigen, die staatliche Hilfe benötigen.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Arbeit

Nordrhein-Westfalen ist ein Land, in dem ehrliche Arbeit etwas zählt. Die Menschen im Land sind bodenständig, sie wollen und können anpacken, sie wollen und können etwas bewegen und sie scheuen sich nicht vor Arbeit und Anstrengung. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, dass sich Arbeit und Leistung lohnen. Und uns ist zugleich bewusst, dass nur verteilt werden kann, was zuvor erwirtschaftet wurde.

Nordrhein-Westfalens Wirtschaft gründet sich auf eine über Jahrhunderte gewachsene Tradition des Handwerks, des Handels, der Industrie und des Mittelstands sowie der Land- und Forstwirtschaft. Diese vielfältige Struktur zusammen mit den gut ausgebildeten Facharbeitern, den hochqualifizierten Ingenieuren und Wissenschaftlern sowie den motivierten und weitsichtigen Gründern und Unternehmern stellen die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs Nordrhein-Westfalens dar.

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen Industrieland bleibt

Weil Nordrhein-Westfalen Industrieland ist, geht es uns besser als vielen anderen Regionen in Europa und in der Welt. Über viele Jahrzehnte hinweg war Nordrhein-Westfalen die Herzkammer der deutschen Industrie und auch heute noch ist es das industriell bedeutendste Bundesland. Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß um die Bedeutung der Industrie für unser Land, die noch immer für fast 30 Prozent der Bruttowertschöpfung steht und hunderttausende Arbeitsplätze sichert. Gerade in den ökonomischen Krisen der vergangenen Jahrzehnte hat es sich bewährt, dass Nordrhein-Westfalen weiterhin auf industrielle Wertschöpfung gesetzt hat und es nicht zu einseitigen Verschiebungen auf den Dienstleistungssektor gekommen ist. Aus diesem Grund strebt die CDU Nordrhein-Westfalen danach, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu stärken. Damit dies gelingen kann, müssen wir die Dynamik und die Entfaltungsmöglichkeiten der nordrhein-westfälischen Unternehmen fördern, denn hierin liegt der Schlüssel für unternehmerisches Handeln und wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt und Nordrhein-Westfalen als Industrieland eine Zukunft hat.

Das Handwerk übernimmt in Nordrhein-Westfalen eine große Verantwortung, in dem es jedes Jahr zehntausende Ausbildungsplätze schafft und dadurch jungen Menschen eine Perspektive bietet. Das Handwerk ist der Stützpfeiler der dualen Ausbildung und sichert so die Fortführung dieses Erfolgsmodells. Die CDU Nordrhein-Westfalen begrüßt und unterstützt dies nachdrücklich, denn nur so kann die Tradition des Handwerks gesichert, können Beschäftigung und Wohlstand aufrechterhalten werden. Deswegen setzen wir uns weiterhin für ein leistungsstarkes und wettbewerbsfähiges Handwerk in Nordrhein-Westfalen ein.

Zur dualen Ausbildung gehört der Meisterbrief. Wir wenden uns gegen jeden weiteren Versuch, das Meisterprivileg einzuschränken.

Wir wollen den Gründergeist in unserem Land fördern und stärken

Die CDU Nordrhein-Westfalen weiß, dass jeder ökonomische Erfolg auf dem Fleiß und Leistungswillen, dem Ideenreichtum und der Risiko- und Verantwortungsbereitschaft von Unternehmerinnen und Unternehmern beruht. Wir fördern daher den Mut zur Selbständigkeit und zur unternehmerischen Existenzgründung. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dazu einladen, sich selbständig zu machen und ein Unternehmen zu gründen. Wir wollen, dass sich vermehrt auch Frauen für einen solchen Schritt entscheiden. Gleiches gilt für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Deshalb werden wir diese Aktivitäten gezielt fördern. Grundsätzlich muss gelten, dass wer selbst ein unternehmerisches Risiko trägt und dabei erfolgreich wirtschaftet, nicht übermäßig belastet werden darf. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass der Generationenwechsel in eigentümer- oder familiengeführten Unternehmen den Fortbestand des Unternehmens sichert.

Eine starke Wirtschaft 4.0 ist die Zukunft unseres Landes

Der digitale Wandel verändert die gesamte Wertschöpfungskette und macht vor keiner Branche halt. Wir nennen dies „Wirtschaft 4.0“. Die gesamte deutsche Volkswirtschaft ist von dem Digitalisierungsthema betroffen, hierin eingebunden ist an erster Stelle die Industrie, aber auch das produzierende Gewerbe, Handel und Handwerk, Freie Berufe und Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Hotellerie und Gastronomie sowie sonstige Dienstleistungsbereiche. Ob in Produktion, Vertrieb oder Logistik, ob in der Energiewirtschaft, der Bankenbranche, Kleinunternehmen und Großkonzernen über kurz oder lang muss sich jede Branche mit den Auswirkungen auf das eigene Geschäftsmodell beschäftigen. Durch das „Internet der Dinge“ entsteht eine intelligente Vernetzung von Produktionsanlagen, Betrieben und Wertschöpfungsketten. Die Produktion wird dadurch individualisiert, der Ressourcenverbrauch reduziert und die Produktivität gesteigert. Wir wollen, dass unsere Industrie und die gesamte mittelständische Wirtschaft mit dieser Entwicklung Schritt hält und werden alle Anstrengungen unternehmen, sie auf dem Weg der Digitalisierung zu unterstützen. Dazu gehört neben einem zeitnahen flächendeckenden Breitbandausbau vor allem auch eine enge Verzahnung von Industrie, Wissenschaft und Bildung. Unser Ziel ist, dass Nordrhein-Westfalen zu einem Vorreiter der Wirtschaft 4.0 wird. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Entwicklung

Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für eine vorausschauende, langfristige und verlässliche Wirtschafts-, Mittelstands- und Industriepolitik. Unser Land braucht einen Kulturwandel weg von immer neuen

Onlinehandel und die dadurch entstandene Nachfrage nach logistischen Dienstleistungen, werden unsere Kommunen vor immense Herausforderungen in diesem Bereich stellen. Wir stehen deshalb innovativen Ideen offen gegenüber, um mithilfe technologischer Fortschritte der verkehrlichen Belastung zu begegnen.

Wir wollen die Digitalisierung als Chance für den Handel stärker nutzen

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine stärkere Nutzung digitaler Techniken durch den stationären Einzelhandel ein. Onlinehandel als zweites Standbein kann die Kundenbasis verbreitern, digitale Vernetzung die Wettbewerbsfähigkeit von Einzelhändlern erhöhen. Digitalisierung ermöglicht zudem Effizienzgewinne bei der Lagerlogistik. Hierfür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen durch einen verstärkten Ausbau der Breitbandinfrastruktur geschaffen werden.

Wir wollen klare Rahmenbedingungen im internationalen Handel

Freier Handel und freie Direktinvestitionen schaffen Wachstum und Wohlstand. Protektionismus und nationale Kleinstaaterei hingegen schaden langfristig jeder Volkswirtschaft, sie gefährden Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich deshalb für einen freien internationalen Handel unter klaren und fairen Rahmenbedingungen ein. Der Europäische Binnenmarkt ist für Nordrhein-Westfalen nach wie vor ein großer Erfolg. Daher begrüßen wir Freihandels- und Investitionsabkommen, die unserer Wirtschaft neue Märkte eröffnen und für Wirtschaftswachstum sorgen. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese Abkommen unsere hohen Standards bei Qualität und Sicherheit erfüllen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will unsere heimische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb stärken. Die export- und importorientierten Unternehmen in unserem Land dürfen nicht durch überbordende Regulierung gehemmt werden.

Freie Berufe sind wichtiger Wirtschaftsfaktor

Die Freien Berufe tragen zur Entwicklung und Sicherung unseres Gemeinwesens bei und versorgen die Bevölkerung mit notwendigen Dienstleistungen. So stellen beispielsweise Angehörige der Heilberufe, wie Apotheker, Ärzte, Heilpraktiker und Psychologen die gesundheitliche Versorgung sicher. Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure sichern die Rechte an Grund und Boden durch exakte Vermessung. Ingenieure und Architekten nehmen ihre Verantwortung für die Sicherheit und Ästhetik der Gebäude, der Infrastruktur und der Landschaft wahr. Als unabhängige Organe der Rechtspflege dienen Anwälte und Notare dem Rechtsfrieden. Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sorgen dafür, dass Bürger, Unternehmer und Staat ein geordnetes finanzielles Miteinander pflegen. Weitere unternehmensbezogene Dienstleistungen wie z. B. Unternehmensberater, Designer, Trainer, Texter, Programmierer und andere erbringen wertvolle Leitungen und schaffen volkswirtschaftlichen Wohlstand. Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Freien Berufe weiter stärken und dazu beitragen, dass der Weg in die Selbstständigkeit attraktiver wird.

Vielfalt des Banken- und Versicherungsstandorts stärken

Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Nordrhein-Westfalen eine eher dezentrale Wirtschaftsstruktur mit einer Vielzahl von leistungsfähigen Regionen auf. Die Struktur der Kreditwirtschaft spiegelt diese Verteilung wider. Die CDU Nordrhein-Westfalen will diese Vielfalt erhalten und stärken. Besonders den Sparkassen und Genossenschaftsbanken kommt eine zentrale

falen strebt an, das Land als Umschlagplatz internationaler Warenströme auszubauen und zu stärken. Dazu bedarf es in erster Linie einer gut ausgebauten und intakten Verkehrsinfrastruktur. Diese Maxime gilt für alle Verkehrsträger gleichermaßen. Wir treten für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik ein, die die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielt. Straße, Schiene, Flughäfen und Wasserwege bilden ein gemeinsames Infrastrukturnetz. Sie effizient miteinander zu verknüpfen ist unser politisches Ziel.

Angesichts der Prognosen, die eine starke Zunahme des Personen- und Güterverkehrs voraussagen, muss die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrsinfrastruktur dringend gesichert und ausgebaut werden.

Unser Ziel ist, die Verkehrsbelastungen für Mensch und Umwelt zu reduzieren

Verkehr verursacht Belastungen wie Lärm, Abgase und Verschmutzungen. Wenn aber Infrastruktur ein Instrument zur Ermöglichung unserer Freiheit ist und zur Bewahrung unseres Wohlstandes beiträgt, dann müssen wir bereit sein, auch die damit verbundenen zumutbaren Belastungen zu tragen. Für diese notwendige Akzeptanz wollen und müssen wir werben. Einschränkungen und Belastungen sollen so gering gehalten und so fair verteilt werden wie möglich. Wir setzen uns deshalb für eine weitest gehende Verringerung der Belastungen ein. Wir benötigen mehr Lärmschutz, noch bessere Maßnahmen gegen Emissionen und weniger Störungen im Verkehrsnetz.

Wir wollen ein leistungsfähiges Straßennetz

Im Straßenverkehr wollen wir wichtige Lücken im überregionalen Straßennetz unseres Landes schließen, die besonders beanspruchten Bundesfernstraßen ausbauen und belastete Ortslagen vom Durchgangsverkehr wirkungsvoll entlasten.

Die Leistungsfähigkeit unserer Straßenverkehrsinfrastruktur wird durch die zahlreichen sanierungsbedürftigen Brückenbauwerke begrenzt. Aufgrund des starken Wachstums des Schwerlastverkehrs in den vergangenen Jahrzehnten haben die Belastungen stark zugenommen, so dass viele dieser Bauwerke ihre Leistungsgrenze erreicht haben. Die Sanierung bzw. der Neubau dieser Brücken hat für uns Priorität.

Unser Ziel ist, dass in Zukunft Infrastrukturmittel verstärkt in jene Regionen fließen, in denen der Bedarf am höchsten ist. Wir wollen eine konsequente Ausrichtung der Förderung nach Bedarf und Wirtschaftlichkeit und nicht nach Himmelsrichtung. Ebenso ist es unser Ziel, dass die angebotenen Investitionsmittel des Bundes in Nordrhein-Westfalen vollständig abgerufen und investiert werden. Daher muss stets eine ausreichende Planungsreserve baurechtsfähiger Maßnahmen vorliegen, damit alle zur Verfügung stehenden Finanzmittel auch in die Infrastruktur unserer Landes fließen können und wir sogar in der Lage sind, zusätzlich zufließende Mittel für die Menschen in unserem Land zu nutzen. Wir treten zudem für schlanke und effiziente Strukturen in der Straßenbauverwaltung des Landes ein.

Wir wollen den Verkehrsträger Schiene stärken

In keinem anderen Bundesland ist das Schienennetz so dicht ausgebaut wie in Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo sonst nutzen mehr Menschen täglich die Bahn, um zur

bau in der Fläche ermöglicht zudem Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Intelligente Netze leisten ihren Beitrag zur Energiewende.

Die Digitalisierung bewirkt einen Technologiesprung, der für viele heutige Geschäftsmodelle und Wirtschaftsbereiche tiefgreifende Anpassungserfordernisse mit sich bringen wird. Das Potential dieses Wandels wollen wir als bürgerliche Volkspartei nach unseren Grundsätzen, Werten und Überzeugungen mitgestalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass es keinen Gegensatz zwischen der realen und der virtuellen Welt gibt. Hieraus folgt aber auch, dass unsere Werteordnung ohne Abstriche auch im Kontext des Netzes und der Digitalisierung gelten. Dabei muss unsere Rechtsordnung der Digitalisierung Rechnung tragen und den heutigen Anforderungen angepasst werden. Uns ist bewusst, dass dies vor allem europäisch und international gelöst werden muss.

Gleichzeitig setzten wir uns aber auch dafür ein, die Potentiale der Digitalisierung für individuellen und wirtschaftlichen Wohlstand voll zu entfalten. Zu den Fähigkeiten gehört beispielsweise die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation in Echtzeit oder die Vernetzung der industriellen Produktionsabläufe (Industrie 4.0). Hieraus ergeben sich beschleunigte Innovationszyklen, die unserem Land Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wirtschaft ermöglichen und zeitgleich den Beschäftigten zu Gute kommt. Unser Ziel ist daher, die Rahmenbedingungen der Digitalisierung so auszugestalten, dass die Ausschöpfung von Chancen und Potentialen nicht durch überzogene Regulierung verhindert wird.

Der richtige Ausgleich zwischen dem Schutz unserer Werteordnung und der Entfaltung von Innovationskraft ist die neue Soziale Frage unserer Zeit und Ziel unserer Politik.

III. Handlungsfähigkeit und Finanzkraft Nordrhein-Westfalens

1. Landesfinanzen

Solide Finanzen sind Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Landes

In Nordrhein-Westfalen stehen wir seit den 1970er Jahren vor schwierigen, stets wachsenden finanzpolitischen Herausforderungen. Über Jahrzehnte hinweg hat Nordrhein-Westfalen die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit kontinuierlich überschritten. Es ist versäumt worden, die strukturellen Probleme des Landes zu lösen, seine Wirtschaftskraft zu stärken und den Landeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren. Nordrhein-Westfalen ist unter den großen Flächenländern das Land mit dem absolut gesehen höchsten Schuldenstand. Die Handlungsspielräume werden von Jahr zu Jahr kleiner.

Um die grundgesetzliche Schuldenbremse einhalten zu können, sind enorme Anstrengungen von Nöten. Vom Jahr 2020 an sind die Haushalte der Länder ohne neue Schulden aufzustellen. Die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse konkretisiert das Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit. Ziel ist es, dass Bund und Länder die wahrzunehmenden Aufgaben ohne neue Schulden finanzieren. Die schon bestehende hohe Staatsverschuldung und immer neue Schulden rauben den nachfolgenden Generationen Zukunftschancen. Die Schulden von heute beeinträchtigen die öffentliche Finanzlage von morgen und reduzieren damit die Gestaltungsspielräume und Entwicklungschancen unserer Kinder und Enkelkinder

Starke Kommunen brauchen solide Finanzausstattung

Die Sanierung der öffentlichen Haushalte darf nicht auf Kosten der Städte und Gemeinden vorangetrieben werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht vielmehr für die kommunale Selbstverwaltung und eine Stärkung der Kommunen ein. Deshalb sorgen wir für eine solide kommunale Finanzausstattung. Dies ist nicht nur Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch ein demokratisches Gebot, denn nur mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung haben die ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger politische Gestaltungsmöglichkeiten. Solide kommunale Finanzen stärken somit das kommunale Ehrenamt und damit unsere Gesellschaft und Demokratie.

Aber auch die Kommunen stehen in der Verantwortung, eine nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben und zu ausgeglichenen Haushalten zurückzukehren und Finanzmittel effektiv einzusetzen.

Fünf Grundsätze unserer Finanz- und Haushaltspolitik

Bei der Umsetzung des notwendigen Konsolidierungsprozesses leiten uns folgende fünf Grundsätze:

- Wirtschaftliches Wachstum erhöht nachhaltig und deutlich die Staatseinnahmen. Je stärker unsere Wirtschaft wächst, desto leichter fällt auch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Hierzu bedarf es allerdings der Lösung bisher bestehender bürokratischer Wachstumsbremsen und der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Gründungen, Investitionen sowie Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen.
- Haushaltskonsolidierung muss auch auf der Ausgabenseite ansetzen. Deshalb hat eine wirksame Haushaltskonsolidierung neben der Steigerung der Einnahmen durch wirtschaftliches Wachstum vor allem bei der Begrenzung des Ausgabenanstieges anzusetzen. Um die Schuldenbremse einzuhalten, muss der Ausgabenzuwachs unter dem Einnahmewachstum liegen. Ein großer Teil künftiger Steuermehreinnahmen muss zur Rückführung der Nettoneuverschuldung und anschließend zur Schuldentilgung eingesetzt werden.
- Haushaltskonsolidierung in diesem Sinne erfordert die Konzentration auf vorrangige Politikfelder. Bei Mehrausgaben in den politischen Schwerpunktbereichen Bildung und Innovation ist strikt darauf zu achten, dass ihre Finanzierung durch Entlastungen an anderer Stelle dauerhaft gesichert ist. Neue Aufgaben und Ausgaben können nur übernommen werden, wenn entsprechende Entlastungen an anderer Stelle erfolgen. Aufgabenkritik und Strukturveränderungen sind hierfür eine zwingende Voraussetzung.
- Zusätzlich wollen wir die sogenannte demografische Rendite zur Einhaltung der Schuldenbremse nutzen. Sollte es aufgrund sinkender Einwohnerzahlen zu Minderausgaben kommen, müssen diese für die Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden. Dies bedeutet keine Verschlechterung der staatlichen Leistungen, da die Pro-Kopf-Ausgaben gleich bleiben.
- Schließlich sind strukturelle Reformen voranzutreiben. Diese müssen dafür genutzt werden, die innere Dynamik des Landeshaushalts bei einigen Ausgabepositionen, etwa den Zinsausgaben und den Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte, an anderer Stelle zu kompensieren. Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern und gleichzeitig ein gutes Leistungsniveau zu sichern.

Eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik ist möglich

gegliederten demokratischen Staatsaufbau, sondern soll als Element der Gewaltenteilung die Freiheit der kleinen Einheit gegenüber zentralen staatlichen Ebenen sichern.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass die Menschen die Angelegenheiten ihrer örtlichen Gemeinschaft am besten selbst regeln und verwalten können. Die Beteiligung an der Gestaltung des Lebensumfeldes wächst aus der besonderen Bindung an den Wohnort, an die Heimat. Umgekehrt stärkt sie zugleich das Heimatgefühl und die Identifikation mit der Gemeinde oder dem Quartier und erhöht damit auch die Lebenszufriedenheit und Lebensqualität. Aus diesen Gründen wollen wir Christdemokraten eine starke kommunale Selbstverwaltung, in der Menschen ihre Lebensbedingungen wirklich beeinflussen und gestalten können. Durch intensive Mitwirkung der Menschen an den Entscheidungen vor Ort wollen wir die Akzeptanz von Politik und das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken.

Solide Finanzen – Kommunale Handlungsfähigkeit wiederherstellen

Wir setzen uns für eine solide, nachhaltige und vorausschauende Haushaltspolitik ein. Finanzielle Spielräume vor Ort nutzen wir für zukunftsorientierte Investitionen, Schuldenabbau und Rücklagenbildung. Wir dürfen den nachfolgenden Generationen keine Schuldenlasten aufbürden, die ihnen die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse unmöglich machen. Deshalb wollen wir den kommunalen Finanzausgleich unter den Gesichtspunkten der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, der Hilfe zur Selbsthilfe, der Subsidiarität und der Eindeutigkeit der Verantwortung weiterentwickeln. Nur so ist es aus Sicht der CDU Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten, dass die Motivation der Ehrenamtlichen, sich in den Kommunen einzubringen, nicht ausgehöhlt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass für jede neue Aufgabe und für alle Aufgabenerweiterungen, die den Kommunen aufgebürdet werden, Land und Bund nach dem Konnexitätsprinzip auch die entsprechenden Finanzmittel für die anfallenden Mehrkosten zur Verfügung stellen.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Die Lebensqualität in einer Kommune basiert auch auf intakter Infrastruktur, funktionierenden sozialen Sicherungssystemen sowie einem durchlässigen und für alle zugänglichen Bildungssystem. Wir wollen die hohe Lebensqualität für die Menschen erhalten und die richtigen Impulse für Investitionen zur Erneuerung unserer Infrastruktur und zum Ausbau eines leistungsfähigen Bildungssystems setzen.

Im Sinne bester Startchancen und eines breiten, begabungsgerechten Schulsystems wollen wir wohnortnahe Schulen und hier insbesondere Grundschulen sichern und stärken. Die Möglichkeiten zu Weiterbildung und lebenslangem Lernen entscheiden mit über die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt bzw. Ausbau der Volkshochschulen und anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen ein. Wir wollen die Kulturarbeit von Vereinen ebenso wie die freie Kulturszene sowie die bedeutsamen kommunalen Theater, Galerien und Museen fördern. Dabei kommt der Brauchtums- und Traditionspflege ebenso wie der kulturellen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen besondere Bedeutung zu.

Der demografische Wandel ist die zentrale Herausforderung, vor der die Kommunen in den nächsten Jahrzehnten stehen werden. Die Bevölkerungsverteilung zwischen Städten und ländlichem Raum ändert sich erheblich. Während einige große Städte und Metropolregionen weiter wachsen, verlieren manche ländliche Bereiche, aber auch städtisch geprägte Regionen wie das Ruhrgebiet deutlich Einwohner. Die Bevölkerungsstruktur verändert sich.

Eindeutigkeit der Verantwortung

Grundvoraussetzung für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sind klare Trennlinien zwischen den politischen Ebenen und stabile Kommunalfinanzen. Deshalb bekennt sich die CDU Nordrhein-Westfalen zum Prinzip der Eindeutigkeit der Verantwortung, so dass die Zuständigkeiten klar geregelt und für die Menschen durchschaubar sind. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen wird gestärkt, wenn für die Menschen erkennbar ist, wer wofür zuständig und verantwortlich ist. Auch die Handelnden in Politik und Verwaltung werden bei eindeutiger Zuständigkeit Aufgaben besser und effizienter lösen. Wir wollen eine weitere Entflechtung von Zuständigkeiten und Mischfinanzierungen mit dem Ziel klarer Verantwortung für Aufgabe und Finanzierung in einer Hand.

Starke Kommunen brauchen aktive Bürger

Die örtliche Gemeinschaft lebt von Menschen, die bereit sind, Verantwortung für andere zu übernehmen. Das ehrenamtliche Engagement in unseren Kommunen ist vielschichtig und keinesfalls immer an organisierte Strukturen gebunden. Neben dem „klassischen Ehrenamt“ in Vereinen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Sozialverbänden, Kommunalpolitik oder der Feuerwehr engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich, sei es in Bürgerinitiativen, Stadtteilprojekten, Kita- und Schulpflegschaften, als Jugendbegleiter, Lese- oder Jobpaten, bei Besuchsdiensten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, im Rahmen der Mehrgenerationenarbeit oder der Nachbarschaftshilfe. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement auch finanziell unterstützen, die Bereitschaft dazu erhöhen und die aktive Mitwirkung in der Kommune, fördern.

Die Gewohnheiten, Ansprüche und Erwartungshaltungen der Menschen vor Ort ändern sich. Die Leistungen der Daseinsvorsorge, die Infrastruktur und insbesondere die Kultur und Bildungsangebote müssen im Dialog mit den Einwohnern einer ständigen Überprüfung unterzogen werden. Ehrenamtlich übernehmen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung und tragen so zum Gelingen unserer repräsentativen Demokratie bei. Die Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Ehrenamt sind jedoch enger geworden, Gestaltungsspielräume für Kommunalpolitiker wurden eingeschränkt und ihre Wahrnehmbarkeit oft reduziert. Gleichzeitig hat sich der Anspruch hinsichtlich der Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung einerseits und den Einwohnern andererseits verändert. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht zum Prinzip der aktivierenden Bürgergesellschaft, in der die kommunalen Amts- und Mandatsträger das Bindeglied zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft darstellen. Damit dieses Prinzip auch in Zukunft wirksam greifen kann, wollen wir die Attraktivität des politischen Ehrenamtes steigern. Gerade als Volkspartei liegt der CDU Nordrhein-Westfalen daran, dass Männer und Frauen, alle Generationen, alle sozialen Schichten und alle Berufsgruppen in den Kommunalparlamenten vertreten sind. Wir wollen daher Bedingungen herstellen, die möglichst viele politisch Interessierte in die Lage versetzen, Familie, Beruf und Freizeit mit dem ehrenamtlichen kommunalen Mandat zu vereinbaren.

Wir wollen so viele Menschen wie möglich in die Meinungsbildung vor Ort einbeziehen, mit ihnen das Gespräch, den Dialog und den gegenseitigen Austausch suchen. Demokratische Beteiligungsverfahren und Wahlen werden erst legitimiert durch die Bereitschaft der Menschen, davon Gebrauch zu machen. Geringe Beteiligungsquoten können Ausdruck von grundlegender Zufriedenheit, aber auch von Trägheit, Desinteresse oder sogar Distanz sein. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker motivieren, von ihren Mitwirkungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen und sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Rechtzeitige Beteiligung ermöglicht es, Interessenkonflikte sichtbarer zu machen und öffentlich abzuwägen. Aktive Bürgerbeteiligung kann einen gleichberechtigten und

IV. Herausforderungen des demografischen Wandels für Nordrhein-Westfalen

1. Sicherheit und Zukunft für Familien

Familie ist Keimzelle der Gesellschaft

Die Familie ist die kleinste Einheit und Kern unserer Gesellschaft. Sie ist eine Verantwortungsgemeinschaft, in der Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern in allen Lebensphasen eintreten. Familie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gemeinschaft und Gerechtigkeit vermittelt wird. In ihr reift der Mensch zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeit heran und entfaltet sich zur Freiheit in Verantwortung. Hier werden Werte gelebt und vermittelt, Freude und Leid geteilt, Traditionen weitergegeben, Schwierigkeiten gemeistert sowie Erfolge und Feste gefeiert. Die Familie ist das zuverlässigste soziale Netz in unserer Gesellschaft. Deshalb ist sie besonders zu schützen und zu unterstützen.

Kinder sind der Inbegriff von Zukunft

Ohne Familien hat unsere Gesellschaft keine Zukunft, denn in ihr werden Kinder geboren und aufgezogen. Kinder machen unser Leben reicher, glücklicher und sinnstiftend. Sie sind eine Bereicherung. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass Kinder wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. Wir werben dafür, dass Familienarbeit, insbesondere Erziehungs- und Pflegeleistungen, eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung erfahren.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Partei für Kinder und Familien. Unser Ziel ist es, Familien ihren Bedürfnissen gemäß zu stärken, familiengerechte Strukturen zu schaffen und für eine kinderfreundliche Gesellschaft zu arbeiten, damit sich wieder mehr junge Menschen dazu entscheiden, eine Familie zu gründen.

Wir wissen, dass der hohe Stellenwert von Familie ungebrochen ist, gerade auch unter jungen Menschen. Dennoch steht die Entscheidung für Kinder heute immer stärker in Konkurrenz zu anderen Formen der Lebensgestaltung. Wir wollen durch eine zukunftsorientierte Familienpolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich mehr junge Menschen für Kinder und Familie entscheiden können.

Kinder brauchen den besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft

Kinderarmut darf es in Nordrhein-Westfalen nicht geben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kinder, die von Armut betroffen sind, besondere Zuwendung, Förderung und Aufstiegschancen erhalten. Ein wichtiger Schlüssel hierzu ist der Zugang zu Bildungs-, Freizeit-, Kultur und Sporteinrichtungen. Oftmals ist jedoch nicht nur materielle Armut, sondern auch Überforderung und Überlastung der Eltern ein großes Problem. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht Kinder grundsätzlich bei ihren Eltern am besten aufgehoben und weiß um die besonders intensive Zuwendung, die Kindern in ihrer Familie zuteilwird. Im Sinne des Erziehungsprimats und des Subsidiaritätsgedankens wollen wir Eltern weiter stärken, ihrer Verantwortung und Pflicht gerecht zu werden. Im Interesse des Kindeswohls müssen Eltern, die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden oder mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind wirksam unterstützt und begleitet werden. Das Wohl des Kindes muss stets an erster Stelle stehen. Gerade aufgrund

nahme der Geburten sowie die erfreulicherweise stetig steigende Lebenserwartung der Menschen in Deutschland führen dazu, dass immer weniger junge auf durchschnittlich immer mehr ältere Menschen treffen. Diese Entwicklung stellt eine große Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, aber auch für die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens dar. Die nordrhein-westfälische CDU wird den Handlungs- und Gestaltungsauftrag, den dieser Wandel mit sich bringt, annehmen und erfüllen.

Im Zuge des demografischen Wandels werden die familiären, generationenübergreifenden Verbindungen schwächer. Immer mehr Menschen werden in Zukunft keine eigenen Kinder und Enkelkinder haben. Deshalb brauchen wir neue Formen und Orte der Begegnung zwischen den Generationen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will durch Angebote im sozialen Nahfeld und durch Schaffung von generationen- und familienübergreifenden Netzwerken den Austausch zwischen den Generationen fördern, einer Vereinsamung älterer Menschen vorbeugen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Unsere Familienzentren sind dabei ein wichtiges Instrument. Es gilt, sie auch im Hinblick auf Austausch und Zusammenhalt der Generationen auszubauen. Wir Christdemokraten stehen für den Zusammenhalt und die wechselseitige Solidarität der Generationen und ein von Verständnis und Respekt geprägtes Miteinander.

Der demografische Wandel mit seinen Folgen stellt auch die Wohnungswirtschaft sowie die Stadtplanung vor neue Herausforderungen. Veränderten Wohnbedarfen und neue Anforderungen an ein generationengerechtes und -übergreifendes Wohnumfeld müssen bezahlbare Angebote in ausreichender Zahl gegenüber stehen. Hier sind nicht nur die Kommunen, sondern hier ist auch die Wohnungswirtschaft gefordert. Wir treten für einen intensiven Dialog zwischen Kommunen und Wohnungswirtschaft ein mit dem Ziel, Anreize für neue und innovative Angebote zu schaffen.

Wir stehen für ein neues Bild vom Alter

Die heutige Lebensrealität verlangt nach neuen Antworten. Eine einheitliche und ununterbrochene Lebensarbeitszeit bis zum Renteneintritt wird immer weniger die Regel sein. Wir brauchen daher ein neues Verständnis von der Rolle der Arbeit in unserem Leben, ein neues Gleichgewicht von Familie, Freizeit und Beruf. Deshalb setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorurteilsfrei verschiedene Optionen wie Lebensarbeitszeitkonten, Familienzeiten, ein flexibles Renteneintrittsalter, geringere Wochenarbeitszeit im Alter, ein abgestuftes Rentenniveau und eine größere Flexibilität bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten von Rentnern diskutiert, erarbeitet und umgesetzt werden.

Wir wollen das Zusammenleben der Generationen stärken

Ältere Menschen wollen ebenso wie jüngere Generationen selbstbestimmt wohnen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir befürworten ein enges Zusammenleben der Generationen und unterstützen die Quartiersentwicklung vor Ort, die die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen gleich welchen Alters fördert. Konzepte wie Seniorenwohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser müssen weiterentwickelt und durch haushaltsnahe Dienstleistungen, die Versorgung mit Waren und Serviceleistungen des täglichen Lebens, Barrierefreiheit und Pflege vor Ort ergänzt werden. Das Ziel muss eine Infrastruktur sein, innerhalb der die Menschen ausreichende Versorgungsangebote vorfinden, soziale Kontakte pflegen und Beratungsleistungen in Anspruch nehmen können. Wir begrüßen die Einrichtung von Generationenausschüssen in den Kommunen, die dazu beitragen das Zusammenleben der Generationen in unseren Städten und Gemeinden zu verbessern.

gefährdet sind, bei uns Schutz und Aufnahme finden. Flüchtlinge müssen sich auch in Zukunft bei uns in Deutschland sicher und aufgenommen fühlen.

Wenn klar ist, dass Asylberechtigte absehbar nicht in ihre Heimat zurückkehren können, müssen sie schnell die Möglichkeit bekommen, in Deutschland ein neues Leben aufzubauen, Deutsch zu lernen, Arbeit zu finden und sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir erkennen, dass diese Menschen auch ein großes Potenzial für unsere Gesellschaft darstellen, das wir aktivieren wollen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen erkennt aber auch die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen und Gesellschaft im Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Verwaltungsverfahren für Menschen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen, schnell abgeschlossen und abgelehnte Asylbewerber zügig und konsequent zurückgeführt werden. Gleichzeitig ist illegale Einwanderung effektiv zu verhindern. Wenn Kommunen und die örtliche Gesellschaft schon in weiten Teilen dafür sorgen, dass Flüchtlinge untergebracht, betreut und integriert werden, so dürfen sie mit den finanziellen Herausforderungen nicht allein gelassen werden.

Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler haben unsere Kultur bereichert

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat sich immer in besonderer Weise den Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern verbunden gefühlt. Das Engagement der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften begrüßen und unterstützen wir. Aussiedler und Spätaussiedler sind ein untrennbarer Bestandteil unserer Gesellschaft, unserer Geschichte und eine Bereicherung für unser Land. Über ein Fünftel der heutigen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens hat seine Wurzeln im ehemaligen deutschen Osten und in den ost-, südost- und mitteleuropäischen Ländern und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Wir sehen in den Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern wichtige Partner und Brückenbauer in der Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn. Die Erschließung des kulturellen Erbes und die Wahrung der kulturellen Identität der Vertriebenen und Aussiedler sowie der deutschen Minderheiten und ihrer Verbindungen zu anderen Ländern fördern den europäischen Verständigungsprozess und sind ein zentraler Bestandteil unserer Erinnerungskultur. Sie sind Vorbild für heutige und zukünftige Integrationsprozesse.

V. Chancengerechtigkeit und Aufstiegsperspektiven in der solidarischen Gesellschaft

1. Gute Bildung für alle

Bildung ist Schlüssel für individuelle Lebenschancen

Bildung bestimmt das Leben jedes Einzelnen, so wie sie die Chancen unseres ganzen Landes prägt. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen, sie hilft unsere Werte zu bewahren und unseren Wohlstand zu mehren. Deshalb lässt sich gute Bildungspolitik nicht nur an Bildungsabschlüssen, sondern vor allem an den Lebenschancen junger Menschen nach Verlassen der Schule messen. Leider ist

gewährleisten zu können, müssen die Regelschulen den Anforderungen des inklusiven Unterrichts entsprechend ausgestattet werden. Ebenso muss der Fortbestand von Förderschulen gewährleistet sein. Wir werden zudem alle Anstrengungen unternehmen, um den hierzu befähigten behinderten Jugendlichen auch eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Wir wollen Wahlfreiheit für Eltern

Orientierungspunkt in der Schul- und Bildungspolitik der CDU Nordrhein-Westfalen ist der Elternwille. Uns ist bewusst, dass unsere Politik nur im Zusammenwirken mit den Elternhäusern erfolgreich sein kann. Deshalb lehnen wir starre Schulbezirke ab. Wir wollen aber sicherstellen, dass den Kindern, die innerhalb ihrer Kommune einen Schulplatz suchen, diesen auch in ihrer Kommune erhalten können. Eltern sollen grundsätzlich die freie Wahl behalten, welche Schule sie für ihre Kinder aussuchen. Zur Wahlfreiheit der Eltern in einer vielfältigen Schullandschaft gehören auch die Schulen in freier Trägerschaft, für deren Förderung und Unterstützung sich die CDU Nordrhein-Westfalen auch zukünftig engagieren wird. Wir bekennen uns zum Erhalt der konfessionellen Bekenntnisschule in Nordrhein-Westfalen, soweit diese von den Kirchen selbst wie auch von den Eltern gewünscht wird.

Gute Bildung braucht motivierte Lehrerinnen und Lehrer

Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in gut ausgebildeten, regelmäßig fortgebildeten und motivierten Lehrerinnen und Lehrern die Grundlage für guten Unterricht. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der Lehrerberuf attraktiver und ihm die gebührende gesellschaftliche Anerkennung zuteilwird. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht aber auch die Notwendigkeit, die Lehrkräfte zu entlasten und ihnen die Konzentration auf ihre eigentlichen Aufgaben zu ermöglichen. Daher wollen wir die Schulsozialarbeit und die schulpsychologische Beratung weiter ausbauen. Durch Schulverwaltungsassistenten sollen unserer Lehrerinnen und Lehrer zudem von bürokratischen Aufgaben entlastet werden und so mehr Raum für guten Unterricht bekommen.

Wir stehen für ein starkes duales Ausbildungssystem ein

Die CDU Nordrhein-Westfalen will der dualen Ausbildung größere Aufmerksamkeit widmen und sie weiter stärken. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist einmalig und hat sich bewährt. Durch die hochqualifizierten Facharbeiter in diesem Land sind unsere Industrie und unser Mittelstand international wettbewerbsfähig und konnten in der Vergangenheit Krisen erfolgreich bewältigen. Daran wollen und werden wir festhalten. Für uns sind berufliche und akademische Ausbildung gleich wertvoll. Wir wenden uns gegen eine fortschreitende Akademisierung von klassischen Ausbildungsberufen. Bewährte duale Berufsausbildungen müssen insbesondere vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels erhalten bleiben. Wir wollen durch Flexibilisierung dazu beitragen, dass ein flächendeckendes Angebot an Berufskollegs bestehen bleibt. Wir sehen in der dualen Ausbildung auch den Ausdruck der Vielfalt von Talenten, Interessen und Fähigkeiten der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Damit junge Menschen den für sie richtigen Weg einschlagen, wollen wir das Übergangsmanagement von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung oder in das Studium verbessern. Unser Ziel ist es, so die Abbrecherquoten in Lehre und Studium zu verringern. Zudem wollen wir die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler insgesamt verbessern. Hierin liegt der Schlüssel, möglichst allen Schulabgängern den Zugang zu Ausbildung zu ermöglichen. Studienabbrecher sollen in Nordrhein-Westfalen eine systematisierte Möglichkeit erhalten, einen beruflichen Abschluss im Dualen System auf verkürztem Wege zu erreichen. Hierzu

Wir wollen ein breites und attraktives Studienangebot

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, die Hochschulen in diesem Land dazu zu befähigen, die wachsenden Studierendenzahlen zu bewältigen. Unser Ziel ist es, dass junge Menschen sich das Studium und die Hochschule ihrer Wahl aussuchen können. Dazu gehört auch, Menschen die Möglichkeit eines Fernstudiums zu eröffnen. Einer zunehmenden Vernachlässigung der dualen Ausbildung muss entschieden entgegengewirkt werden, um deren international geschätztes Potential zu erhalten. Gut ausgebildete Fachkräfte sind der Motor unserer Wirtschaft. Um die Attraktivität der dualen Ausbildung zu steigern, wollen wir sie stärker mit dem Fachhochschulwesen verzahnen. In einer sich stetig wandelnden Arbeitswelt müssen neue Wege der Hochschulbildung und ein einfacherer Wechsel zwischen den Hochschultypen ermöglicht werden. Zudem müssen Studienfächer und duale Ausbildungen an die Digitalisierung angepasst werden und diese in ihren Lehrplänen berücksichtigen.

Wir wollen die besonders klugen Köpfe besonders stärken und fördern

Wir Christdemokraten wissen um die Verschiedenheit der Menschen, die sich auch in unterschiedlichen Begabungen ausdrückt. Als Gesellschaft profitieren wir alle davon, wenn besonders kluge Köpfe zusätzlich gefördert werden. Deshalb treten wir für eine breite Stipendienkultur ein und fordern auch die Wirtschaft dazu auf, sich hier noch stärker zu beteiligen. So gelingt uns die Entfaltung von Exzellenz an unseren Universitäten und Hochschulen.

Wir wollen technologieoffene Forschung und Entwicklung

Nordrhein-Westfalen ist ein erfolgreiches Industrieland und wir wollen, dass das so bleibt. Deshalb brauchen wir technologieoffene Forschung ohne politische Scheuklappen. Wir werden den Herausforderungen der Zukunft nur erfolgreich begegnen, wenn wir neuen wissenschaftlichen Ideen mit Neugier und Offenheit, gegenüberstehen. Es ist dabei geboten, Chancen und Risiken der Forschung gewissenhaft abzuwägen. Die Freiheit der Forschung findet dort ihre Grenzen, wo die unantastbare Würde des Menschen verletzt oder die Schöpfung gefährdet wird. Umweltverschmutzung, Rohstoff- und Energieressourcenknappheit oder der drohende Kollaps bei der Mobilität sind nur einige Beispiele, die neue Anstrengungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich notwendig machen. Dabei ist die schnelle Überführung von Forschungsergebnissen in marktreife Produkte geboten. Nur so können sie zu Entwicklung und wachsendem Wohlstand beitragen. Deshalb wollen wir den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft und die strategischen Kooperationen zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft, insbesondere auch den mittelständischen Unternehmen, ausbauen und stärken.

Gute Lehre und Forschung brauchen solide Finanzierung

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist überzeugt, dass die Hochschulen in unserem Land ihren Aufgaben und Pflichten nur gerecht werden können, wenn sie eine solide und angemessene materielle und personelle Grundausrüstung zur Verfügung haben. Darüber hinaus brauchen wir auch in Zukunft Unternehmen, die in Forschung investieren. Von diesen Investitionen profitieren Hochschulen wie Unternehmen gleichermaßen.

Wir brauchen eine besondere Innovationsförderung für unseren Mittelstand

Saubere Luft und sauberes Wasser sind lebensnotwendig

Ein wichtiges Ziel unserer Umweltpolitik ist es, die Luftqualität zu verbessern. Rußpartikel, Stickoxide und andere Schadstoffe belasten leider noch immer unsere Luft und verursachen Gesundheitsschäden. Wir wollen eine weitere Minimierung des Schadstoffausstoßes erreichen. Dies kann durch Verbesserung vorhandener Technologien oder neue technologische Lösungen gelingen. Aus diesem Grund tritt die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, Forschung und Entwicklung zur Verbesserung der Luftqualität und zur Minderung des Schadstoffausstoßes auszubauen. Maßnahmen, die bisher getroffen wurden, wie beispielsweise die Umweltplakette, gilt es zu evaluieren und entsprechend anzupassen oder aufzugeben.

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel, daher muss dem Schutz des Trinkwassers die höchste Priorität eingeräumt werden. Wirtschaftliche Interessen müssen hier im Zweifelsfall zurück treten.

Auch Tiere sind Geschöpfe Gottes

Tiere sind Geschöpfe, die Achtung und einen verantwortungsvollen Umgang verdienen. Eine am Tierwohl orientierte Haltung von Nutz- und Haustieren, die sich stets an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichtet, ist für uns selbstverständlich. Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind davon überzeugt, dass auch die konventionelle Landwirtschaft mit dem Wohl von Nutztieren vereinbar ist.

Wir wollen Verbraucher besser aufklären und schützen

Der CDU Nordrhein-Westfalen ist der Schutz der Verbraucher ein besonderes Anliegen und zugleich eine Verpflichtung. Wir sehen in ihm eine Querschnittsaufgabe für viele Teilbereiche. Nicht nur Lebensmittel, sondern auch weitere Güter des täglichen Bedarfs, Gesundheit, Finanzdienstleistungen, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nah- und Fernverkehr sowie viele andere Waren und Dienstleistungen, die für den Endverbraucher bestimmt sind, gehören in das Aufgabenfeld des Verbraucherschutzes.

Unsere Verbraucherschutzpolitik folgt dem Leitbild des verantwortlich handelnden Verbrauchers. Deshalb wollen wir Transparenz und zuverlässige, sachliche und umfassende Informationen über Produkte und deren Qualität. Wir treten für eine präzisere und verbesserte Kennzeichnung von Produkten ein, um den Verbrauchern die Kaufentscheidung zu erleichtern. Nur so können Verbraucher ihr Konsumverhalten ökonomisch wie ethisch eigenverantwortlich gestalten. Die Regelungen und Pflichten müssen stets so ausgestaltet sein, dass sie auch von kleinen und mittleren Unternehmen unter zumutbarem Aufwand eingehalten werden können.

Besonders Produkte, die in erster Linie von Kindern genutzt werden, müssen höchsten Sicherheitsstandards genügen.

VII. Sicherheit für Nordrhein-Westfalen

1. Sicherheit im Alltag

eine geregelte Erwerbstätigkeit ein besonders Erfolg versprechendes Mittel ist, erneute Straftaten nach der Haftentlassung zu verhindern.

Zum sicheren Strafvollzug gehört auch die konsequente Bekämpfung von Drogenhandel und -missbrauch in den Justizvollzugsanstalten. Dazu zählen ausreichende und erprobte Therapieangebote ebenso wie regelmäßige medizinische Untersuchungen und der Ausschluss vorzeitiger Haftentlassung bei anhaltendem Drogenkonsum.

VIII. Identitäten, Lebensgefühl und Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen

1. Kultur

Kultur ist ein konstituierendes Element unserer Gesellschaft. Kultur gehört zur menschlichen Existenz und ist Grundlage der Gesellschaft und des Staates. Sie schafft die Voraussetzungen, die Staat und Politik nicht schaffen können, denn stets war und ist es die Kultur, die an die Tradition bisher gültiger Werte und Maßstäbe erinnert und diese neu formuliert und in die Zukunft fortentwickelt. Daher wollen wir Wissenschaft, Wirtschaft und Politik wieder in einen fruchtbaren Dialog mit den Künsten bringen, wie ihn z. B. die von uns seinerzeit um die Künste erweiterte Akademie der Wissenschaften und der Künste NRW bereits praktiziert.

Unser kulturelles Erbe ist voller Vielfalt

Nordrhein-Westfalen ist ein blühendes Kulturland. Das kulturelle Erbe unseres Landes ist durch die Vielfalt seiner Regionen und die Mannigfaltigkeit der kulturellen Überlieferungen geprägt. Hierzu gehören auch die Gebräuche und Identitäten der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie die Traditionen zugewanderter Bevölkerungsgruppen und der Austausch mit anderen Kulturen und Völkern. Daher wollen wir die kulturellen Eigenarten unserer Landesteile und ihrer Bewohner erhalten und pflegen. Sie gehören heute zur kulturellen Identität des ganzen Landes.

Alle, die in der Vergangenheit zu uns gekommen sind, haben in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden und ihre kulturellen Werte und Traditionen eingebracht, die zusammen mit der Kultur der Rheinländer, Westfalen und Lipper im Laufe der Zeit ganz selbstverständlich zur Kultur Nordrhein-Westfalens geworden sind. Es ist nach rund sieben Jahrzehnten gemeinsamer Geschichte nunmehr an der Zeit, sich dieser Geschichte auch in Form einer lebendigen Landesgeschichte zu vergewissern. Landesgeschichte und Landesidentität gehören untrennbar zusammen. Deshalb unterstützt die nordrhein-westfälische CDU den Plan, in Nordrhein-Westfalen ein eigenes Haus der Landesgeschichte zu errichten.

In unserem Land sind Kultur- und Industriegeschichte untrennbar ineinander verwoben. Sie bedingen sich gegenseitig. Dieses Alleinstellungsmerkmal Nordrhein-Westfalens gilt es auch im sogenannten „postindustriellen Zeitalter“ zu erhalten. Wir sind überzeugt, dass die kulturelle Vielfalt zur Lebendigkeit und hohen Lebensqualität in unserem Land beiträgt. Unser Ziel ist es jedoch nicht nur Kunst und Kultur zu erhalten, sondern wir wollen sie auch ausbauen und neue Impulse geben.

Die Jagd und die Fischerei sind wichtige Bestandteile unseres gelebten Kulturguts. Wir erkennen das große Engagement der Jägerinnen und Jäger sowie Fischer in Nordrhein-Westfalen für unsere Gesellschaft sowie für den Arten- und Naturschutz an.

Unsere ländlichen Räume brauchen Entwicklungsperspektiven

Wir wollen lebenswerte ländliche Räume mit klaren Entwicklungsperspektiven. Uns ist bewusst, dass die ländlichen Räume nur dann eine Zukunft haben, wenn man auf die Herausforderungen von morgen schon jetzt die richtigen und weichenstellenden Antworten findet. Vor allem der demografische Wandel stellt den ländlichen Raum vor zahlreiche Probleme. Als Partei, die sich der Bevölkerung in ländlichen wie in städtischen Regionen gleichermaßen verpflichtet fühlt, setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen weiterhin für eine Gleichwertigkeit, nicht Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse im ländlichen wie im urbanen Raum ein und will diese auch unter den Bedingungen des umfassenden demografischen Wandels sicher stellen. Hierzu gehört auch die Gleichwertigkeit des kulturellen Angebots und der kulturellen Teilhabe im ganzen Land.

Vor allem aber gilt es, eine gute Verkehrsinfrastruktur und einen flächendeckenden, attraktiven öffentlichen Nahverkehr aufrechtzuerhalten. Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt ergänzende lokale Konzepte wie Bürger- oder Taxibusse ausdrücklich. Auch die Nahversorgung mit Einkaufsmöglichkeiten, Bildungseinrichtungen und Kinderbetreuung, aber auch medizinischen Leistungen, muss gewährleistet sein, um die hohe Lebensqualität in den ländlichen Räumen aufrechtzuerhalten. Eine besondere Herausforderung liegt hier in dem Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur. Ein gut ausgebautes Breitbandnetz wird immer mehr zum entscheidenden Standortfaktor für Betriebe und Haushalte. Zudem ermöglicht sie der „öffentlichen Hand“, ihre Prozesse im Sinne von eGovernment so zu gestalten, dass der Bürger Service und Dienstleistungen komfortabel „online“ in Anspruch nehmen kann, ohne persönlich vorstellig zu werden. Eine umfassende digitale Teilhabe in allen Landesteilen sollte selbstverständlich sein. Aus diesem Grund muss der Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum massiv vorangetrieben werden. Wenn sich der Ausbau des schnellen Internets für die privaten Anbieter nicht rechnet, müssen staatliche Förderprogramme gezielt eingesetzt werden, um die Versorgung sicherzustellen.

In den ländlichen Teilen unseres Landes haben viele Mittelständler ihren Sitz, die in ihrem Bereich zum Teil weltweit führend sind. Die meisten industriellen Arbeitsplätze entstehen mittlerweile bei diesen Unternehmen im ländlichen Raum. Wir Christdemokraten wollen diese Unternehmen stärken, indem wir die Rahmenbedingungen schaffen, die es ihnen erlauben, zu prosperieren, zu expandieren und im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Der ländliche Raum braucht starke Kommunen

Wir wollen Kommunen im ländlichen Raum unterstützen, damit diese effektiv in der Lage sind, ihren vielfältigen Aufgaben nachzukommen. Sie müssen dafür finanziell angemessen ausgestattet sein. Vor Ort erbrachte Konsolidierungsbemühungen in den eigenen Kommunalhaushalten müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch dort zu Gute kommen. Für eine auskömmliche Gemeindefinanzierung ist das Land zuständig.

Wir wollen, dass Kommunen auch zukünftig Entwicklungspotentiale erschließen können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die Ansiedelung von Unternehmen oder die Ausweisung von Wohngebieten zu ermöglichen. Hierbei ist jedoch unter Berücksichtigung berechtigter Entwicklungsinteressen stets auf eine Minimierung des Flächenverbrauchs hinzuwirken. Innenentwicklung hat klare Priorität.

das sportliche Miteinander und den sportlichen Wettbewerb, in dem Toleranz, Fairness, Leistung und Verantwortung, Erkennen eigener Grenzen und Achtung anderer gefragt sind, trägt der Sport wesentlich zu einem friedlicheren Miteinander in unserer Gesellschaft und der Welt bei. Sport ist generationenübergreifend und verbindet Menschen mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher sozialer Herkunft und aller Nationalitäten.

Wir wollen den Sport in seiner Gesamtstruktur nachhaltig unterstützen

Sport und Bewegung sind für die körperliche und geistige Entwicklung von großer Bedeutung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Aus diesem Grund befürworten wir eine frühe Ausbildung der Motorik, die bereits im Kindergarten erfolgen sollte. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass Sportunterricht in Schulen ein breiter Raum gegeben wird. So sollen Schülerinnen und Schüler auch dazu motiviert werden, weitere sportliche Angebote in Sportvereinen nach eigenen Interessen und körperlichen Möglichkeiten wahrzunehmen. Der Ausbau von Sportschulen muss daher fortgesetzt und der Schulunterricht so gestaltet werden, dass Wettkampf- und Leistungssport für Kinder und Jugendliche weiterhin möglich bleiben. Zudem wollen wir eine engere Verzahnung von Schulen und Sportvereinen besonders im Bereich des offenen Ganztags schaffen, um so mehr Kindern und Jugendlichen sportliche Aktivitäten im Verein zu ermöglichen.

Aber nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene sollen zu einer höheren sportlichen Betätigung aktiviert werden. In einer alternden Gesellschaft bedarf es zunehmend eines alters- und bedarfsgerechten Sportangebots für Seniorinnen und Senioren. Auch sportliche Leistungen von Menschen mit Behinderungen sind ein Ausdruck von starkem Willen und Einsatz. Möglichkeiten für Menschen mit Behinderung, Sport zu treiben, müssen daher erweitert werden. Unser Ziel ist es, barrierefreie Zugänge zu Sportstätten zu gewährleisten.

Der Sport lebt vom Ehrenamt in unseren Sportvereinen

Das Fundament des Sports in Nordrhein-Westfalen sind unsere Sportvereine und die dort ehrenamtlich Engagierten. Ohne sie wäre eine Aufrechterhaltung des attraktiven Sportangebots in der Breite nicht möglich. Leider sind gerade die ehrenamtlichen Tätigkeiten in den letzten Jahren zurückgegangen. Es ist das Ziel der CDU Nordrhein-Westfalen, wieder mehr Menschen für ein Engagement im Sport zu gewinnen und zu begeistern. Dazu gehört vor allem auch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung ihrer Arbeit. Insbesondere Jugendliche sollen in ihrem Engagement durch spezielle Ausbildung qualifiziert werden, um frühzeitig Verantwortung übernehmen zu können. Dies ermöglicht ihnen höhere Chancen für ihre ehrenamtliche und berufliche Laufbahn. Zudem setzen wir uns entschieden für eine Entbürokratisierung im Bereich des sportlichen Ehrenamts ein, vor allem im Bereich des Vereinssteuerrechts sowie bei Haftungsfragen.

Zudem brauchen die Vereine Planungssicherheit. Dies gilt für den Breiten- und Leistungssport gleichermaßen. Deshalb muss die Sportförderung des Landes auch in Zukunft erbracht und langfristig gesichert werden.

Als Sportland brauchen wir gute und vielfältige Sportstätten

Intakte Sportstätten und eine vielfältige Sportinfrastruktur bilden die Voraussetzungen für das Sporttreiben in Breite und Spitze. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für nachhaltige Strukturen unserer Sportstätten sowohl für den Schul- und Breitensport als auch für den Leistungssport ein.

Mitarbeit am Grundsatzprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen

In dem gut zweijährigen Grundsatzprogrammprozess haben sich über 3.000 Mitglieder und Freunde der CDU Nordrhein-Westfalen sowie Personen des öffentlichen Lebens, aus Kirchen, der Wirtschaft und Verbänden aktiv beteiligt. Viele von ihnen haben auf dem Reformkongress in Köln, den sieben Regionalkonferenzen in den Bezirken sowie dem Abschlusskongress in Rheda-Wiedenbrück mitdiskutiert. Darüber hinaus haben sich zahlreiche Orts-, Stadt- und Kreisverbände auf eignen Veranstaltungen und in Arbeitskreisen mit dem Programmentwurf auseinandergesetzt. Folgende Gliederungen, Vereinigungen und Personen haben sich durch konkrete Textentwürfe oder Änderungsvorschläge in besonderer Weise in den Programmprozess eingebracht:

Adenauer, Sven-Georg	Braun, Florian	El Founti, Hicham
Adolf, Jürgen	Brautmeier, Jürgen	Esken, Michael
Ahlemeyer, Ralf	Brinkhaus, Ralph	Eusterholz, Dörthe
Ak, Samira	Brinkmeier, Michael	Evangelischer Arbeitskreis der CDU Nordrhein-Westfalen
Antkowiak, Rolf	Brinkmeier, Paul	Falk, Dietrich
Arbeitskreis Große Städte der CDU-Landtagsfraktion	Brok, Elmar	Feck, Stephanie
Arbeitskreis Sport der CDU-Landtagsfraktion	Bröhl, Hans-Peter	Fehring, Hubertus
Arentz, Hermann-Josef	Bümmerstede, Helga	Feyen, Peter
Balke, Bernhard	Burchartz, Tabea	Fietzek, Klaus
Balke, Laura	Buiyan Md., Jamal Hossain	Fischer, Bärbel
Barschel, Achim	Bußmann, Georg	Fischer, Isabelle
Bartels, Norbert	CDU-Ortsverband Engelskirchen	Fissenewert, Daniel
Baumgarten, Hans-Ulrich	CDU-Stadtverband Detmold	Flaskamp, Norbert
Benteler, Hans Rudolf	CDU-Stadtverband Lemgo	Flick, Wilhelm
Berger, Stefan	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Nordrhein-Westfalen	Fockenbrock, Bernd
Beskemeier, Alfred	Cicek, Ibrahim	Fockenbrock, Lis
Betz, Dagmar	Daniels, Anne	Frank, Kinga Antonina
Bezirksverband Mittelrhein	Daube, Wolfgang	Frankenhauser, Angela
Bezirksverband Südwestfalen	Dautzenberg, Deborah	Frauen-Union Nordrhein-Westfalen
Biesenbach, Peter	Deittert, Johannes	Freiherr von Weichs, Georg
Birkhahn, Astrid	Demografie-Team CDU Ort Harsewinkel	Gauger, Jörg-Dieter +
Blüming, Mirko	Deppe, Rainer	Geißler, Martin
Böchel, Klaus	Deutsch-Türkisches Forum der CDU Nordrhein	

Nolte, Franz	Schneider, Herbert	Vorst, Doris
Oldewurtel, Andreas	Schmidt, Hedwig	Voss, Axel
Optendrenk, Marcus	Schmitz, Ferdinand	Wallrabe, Uwe
Ortseifen, Vera	Schmitz, Hendrik	Walter, Patrick
Ost-und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen	Schneider, Robert	Warnke, Markus
Ostermann, Tim	Scholtz, Gerfried	Weckelmann, Thomas
Otto, Sven-Joachim	Scholz, Rüdiger	Weckenbrock, Christoph
Pakusch, Christian	Schranz, Daniel	Weichs, Friedrich
Pfeiffer, Peter	Schulze Föcking, Christina	Weiß, Heike
Pfläging, Michael	Schulze Westerath, Gertrud	Wehrstedt, Sebastian
Pieper, Markus	Schweickert, Gunther H.	Weiss, Britta
Plöhn, Jürgen	Senioren-Union Kreisverband Unna	Westerbarkei, Matthias
Pollmann, Anna	Senioren-Union Nordrhein-Westfalen	Winkelmeier-Becker, Elisabeth
Post, Christian	Sessinghaus, Lutz	Witte, Bernhard
Pöttsch, Carolin	Setzer, Konstantin	Witte, Elisabeth
Prage, Helmut	Smolnik, Michael	Wittke, Oliver
Prahs, Arthur	Spanner, Rüdiger	Woeste, Gabriele
Preuss, Peter	Speich, Mark	Wolf, Sascha
Randhahn, Wulf	Spira, Klaus	Wüst, Hendrik
Rassenhövel, Torben	Sprenger, Sven	Wulff, Otto
Rathgens, Jan	Stahl, Helmut	Zakrotzky, Henning
Rehartscheck, Thorsten	Steffl, Marcus	Zertik, Heinrich
Reifenberg, Thomas	Stein, Robert	Ziemiak, Paul
Remplewski, Winfried	Sternberg, Thomas	Zurmahr-Tabellion, Rita
Reul, Herbert	Steuber, Hartmut	
Rieksneuwöhner, Robin	Steuwe, Rolf	
Rudolph, Frank	Stücke, Reinold	
Reusenmann, Dimitrij	Stüttem, Eileen	
Ring Christlich-Demokratischer Studenten Hagen	Stupp, Walter	
Rochlitzer, Roland	Tabellion, Rolf	
Rodenbeck, Anja	Tegelkämper, Paul	
Rohde, Thomas	Terhorst, Stephan	
Rübo, Matthias	Thoben, Christa	
Rüttgers, Jürgen	Tigges, Jörg	
Rust, Christoph	Tigges, Raphael	
Samse, Stephan	Uhlenberg, Eckhard	
Schäfer, Hans		

CDU Nordrhein-Westfalen

Wasserstraße 6

40213 Düsseldorf

Telefon 02 11 / 1 36 00-0

Telefax 02 11 / 1 36 00-59

<http://cdu.nrw>

info@cdu-nrw.de

 facebook.com/CDUnrw

 twitter.com/CDUNRW_de